

schMaNker!

>> #3 – Jänner 2013 <<

Schlagt zu, wir haben das Hungern satt!

Von Paradies und Weltuntergang
100 Jahre Jura Soyfer

Almende

Gemeinsames Teilen von Ressourcen
hat eine lange Geschichte

Griechenland

Zwischen Depression und Aufbruch

Mit Baugerüsten gegen Mieter_innen

Das Einmaleins der „Bestandsfreimachung“
Diesmal: Heinestraße 42

<http://schmankerl.noblogs.org>
schmankerl@riseup.net

Von Paradies und Weltuntergang

Schlagt zu, wir haben das Hungern satt ... Die Ware Mensch will nicht mehr Ware sein!

100 Jahre Jura Soyfer

geb. 8.12.1912 in Charkow, gest. 15./16.2.1939 im KZ Buchenwald.

Die 30er Jahre sind bekannt als ein Jahrzehnt universellen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und geistigen Bankrotts. Umso notwendiger ist es, auf Jura Soyfer als einen leidenschaftlichen Ankläger und politischen Schriftsteller dieser Zeit hinzuweisen, der heute nur mehr wenigen als Autor von Kleinkunststücken und des Dachau-Lieds bekannt ist. Die von 1935-1938 verfassten Stücke wurden nach dem 2. Weltkrieg sporadisch erst veröffentlicht und auch häufiger gespielt. Von den rund 150 verfassten Gedichten ist nur ein Teil erhalten geblieben. Die Prosa blieb Jahrzehnte lang so gut wie vergessen, wobei die zirka 50 journalistischen Texte und das brillante Romanfragment *So starb eine Partei* (1934) den größten Teil des Gesamtwerkes ausmachen.

Jura Soyfer war Lyriker, Journalist, Rezensent, Bühnenbildner und politischer Aktivist. Er schrieb Gedichte für proletarische Revuen ebenso wie Kampflieder, Stücke für die Subkultur in Kaffeehauskellern und aggressive, possenhafte Lieder wie Songs. Linksbewusste ProletarierInnen Wiens in dieser Zeit kennen und schätzen seine Bild- & Wortsatiren und die Gelegenheitsgedichte. Soyfers Parolen werden auf dem Maiaufmarsch am Ring gerufen, ohne dass die Menschen wissen, wem sie zuzuschreiben sind. Als Schüler gehört er dem linken Flügel des VSM (Verband sozialistischer MittelschülerInnen) an, der auf entschlossene Gegenwehr zum Faschismus drängt. Seine Diagnose zur Krankheit seiner Generation: Frustration durch Aussichtslosigkeit, Flucht in die Rauschzustände von Massenerlebnissen, Mangel an

Selbstvertrauen und Halbheit. Nach der Matura unternimmt er mit 21 eine Reise nach Südfrankreich und schreibt eine Reportage ohne jede Romantik, eine Studie über das Landstreicherleben als Existenz am Abgrund (*Menschen der Landstraße*, 1930). Jura Soyfers Grundhaltung ist geprägt von kritischem Realismus, von Skepsis - auch in der Beurteilung seiner GesinnungsgenossInnen - und von leidenschaftlichem Glauben an den Sozialismus. Die Klage über das durch Arbeitslosigkeit entwürdigte Menschenbild und dem vom verwalteten, verdinglichten Massenwesen in „entmenschten Städten“ mündet bei ihm in eine konsequente Verneinung des alltäglichen Normalzustands, des Menschen, „wie er ist“. Er stellt eindringlich die Frage nach dem „richtigen“ Menschsein. Wenn Soyfer sich der Parteidisziplin unterwirft und auch gegen Fraktionierung anschreibt, dann nicht zuletzt deswegen, weil er unermüdlich die Einigkeit aller ArbeiterInnen einfordert. Seine Kritik an der Parteiführung der SDAP (sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs) kann sich nicht in deren Zentralorgan der Arbeiter-Zeitung, für die er schreibt, widerspiegeln. Sie geht aber immer wieder aus privaten Briefen hervor, wie die, die er von seiner Tippeltour durch Deutschland 1932 schreibt. Enttäuscht über die Politik der SPD, hat er ähnliche Entwicklungen bereits in Österreich festgestellt. Seine Empörung über die Passivität der SPD ist ebenso groß wie über die Uneinigkeit der Linksparteien, da die Unentschlossenheit der Linken bloß dem Faschismus zugute kommen kann. Sein kritischer Abstand lässt jedoch einen Übertritt in die KPÖ noch nicht zu.

Nach der Niederschlagung des Februaraufstandes 1934 wendet sich Jura Soyfer erbittert über das Versagen der sozialdemokratischen Führung von der Partei ab und tritt der verbotenen KPÖ bei. Er will die Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage analysieren und die Hintergründe der Fakten erhellen. Als Linksradikaler nimmt er die Sozialdemokratie in die Pflicht. Der Roman *So starb eine Partei* ist eine satirisch-realistische und scharfe Abrechnung mit der SDAP vor dem Hintergrund der verhinderten Räterepublik 1919 zu den Rückzugsmanövern während der Wirtschaftskrise. Es ist ein Thriller über eine Partei,

deren ambivalente Haltung und Zerrissenheit zum abgeblasenen Generalstreik 1933 und zu Untätigkeit und Versagen im Jahr 1934 führt. Er beschreibt, wie sich das im Bewußtsein eines verklemmten, autoritätshörigen kleinen Beamten, im Gegensatz von Parteispitze und junger Opposition, in Vereinsmeierei und Scheuklappenbürokratie niederschlägt. Dieser Roman, den Jura Soyfer auf seiner Flucht verloren glaubte, ist als Romanfragment erhalten geblieben.

„Denn reich ist die Erde, es kommt nur drauf an,/ Dass wir es uns selber verwalten!“ *Der Lechner-Edi schaut ins Paradies* (1936)

Quelle: Jura Soyfer, Das Gesamtwerk, Prosa – Lyrik, Herausgeber Horst Jarka, Europaverlag, 1984

Allmende

Im gegenwärtigen Diskurs gegen den Neoliberalismus geht es auch um kollektive oder kooperative Produktionsformen. Oft taucht dabei der englische Begriff „Commons“, der spanische „ejido“ oder der alte deutschsprachige Begriff „Allmende“ auf. Was ist damit gemeint? Hinter Allmende verbirgt sich die von einer Dorfversammlung beschlossene gemeinsame Nutzung von Land im Mittelalter, wobei es um die Nutzung von Weide-, Holz- Jagd- und Fischereirechten ging. Insbesondere die landlose- oder landarme Bevölkerung konnte sich ihr Leben nicht durch Tagelohnarbeit oder Fronarbeit sichern und war daher auf kommunale Strukturen angewiesen, die beispielsweise das Recht einräumten, die Ährenlese nach der Ernte zu machen, das Brennholz aus dem Wald zu holen oder Tiere auf der Dorfwiese weiden zu lassen. Es handelte sich um eine Form der Armenfürsorge oder Subsistenzwirtschaft, nicht um eine allgemeine gemeinschaftliche Produktionsform, weil feudale Eigentumsverhältnisse und Machtansprüche der Grundherren sich weiterhin durchsetzten. Die Allmendewirtschaft war nicht

organisch, sondern von Brüchen gekennzeichnet, die unter anderem mit den unterschiedlichen Besiedlungsaktivitäten zusammenhing.

Schließlich wurde die Allmendewirtschaft durch Einhegungen zerstört: Gemeinschaftsland wurde eingezäunt und unzugänglich gemacht, ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, so dass massenhaft Leute vertrieben wurden. Diese frühen Formen der Privatisierung unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den heutigen, z.B. der massenhaften Vertreibung von LandbewohnerInnen zwecks Staudamm- oder Flughafenbaus oder im Interesse von Agrokonzernen in Lateinamerika zwecks Sojaanbaus. Internationaler Währungsfond, Weltbank und sogenannte UNO-Friedenstruppen sind Instrumente, um diesen Raub im großen Stil fortzusetzen. Es geht immer nur darum, dass sich einige auf Kosten der Gemeinschaft bereichern und andere damit ins Elend stürzen. Auch die Zerstörung der Allmende ging einher mit der Verelendung der ländlichen Bevölkerung. Dieser seit Jahrhunderten andauernde Raubzug hat auf unserer Seite immer zu Widerstand geführt, von den BäuerInnenkriegen des Mittelalters bis zu den Besetzungen der ZapatistInnen.

Wenn es heute um die Verteidigung des öffentlichen Raumes geht, taucht der Begriff gemeinnützige Nutzung wieder auf. Diese Orte, egal ob es um vielfältig genutzten Leerstand geht oder ob es sich um gemeinsam genutzte Gemüsebeete dreht, sind keine Projekte, die die Prinzipien der Marktwirtschaft durchbrechen. Aber sie sind für die Leute, die dort mitmachen, kollektive Erfahrungsräume, dort kann Gemeinsames entwickelt und gelebt werden, das den durch Isolation geprägten Wahnsinn des Alltags durchbricht. Menschen haben die Möglichkeit einander kennenzulernen, indem sie gemeinsam diskutieren, beschließen, etwas gemeinsam unternehmen, vielleicht gar etwas gemeinsam produzieren, um dies gemeinsam zu konsumieren – das Ganze ohne Geld.

Es geht um Chancen, Selbstverwaltung und Selbstermächtigung auszuprobieren. Wir sind weit davon entfernt, das Privateigentum

abzuschaffen. Um dahin zu kommen, braucht es unendlich viel mehr an Beteiligung und kollektiven Versuchen für Freiräume, um damit Erfahrungen für ein selbstbestimmtes Leben zu gewinnen. Gemeinsame Kämpfe gegen zu hohe Mieten oder die ständige Steigerung der Lebenshaltungskosten, gegen zu niedrige Löhne, miserable Arbeitsbedingungen oder Betriebsschließungen, schlechte Bildungs- und Gesundheitsversorgung bieten ebenfalls Raum für kollektive Erfahrungen. All diese Kämpfe können nur erfolgreich sein, wenn der Zusammenschluss breit getragen wird und wir uns nicht spalten lassen.

Griechenland Zwischen Depression und Aufbruch

Was ist eigentlich los mit Griechenland? Seit Jahren erreichen uns von dort fast nur noch negative Schlagzeilen. Die Euro-Krise, so wird uns von den meisten Medien vermittelt, habe dort ihren Ursprung. Im vorherrschenden Bild sind die Menschen selber schuld. Zu wenig produktiv sei die Wirtschaft, Arbeitende zu faul und die Eliten zu korrupt. Die als Königsweg dargestellte Lösung, durchgesetzt vor allem von den ökonomisch mächtigeren EU-Ländern, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds heißt: Sparen, Sparen, Sparen. Zumindest wird es so verkauft, und so getan als ob die Menschen etwa in Griechenland einfach zu verschwenderisch waren, "über ihre Verhältnisse gelebt" hätten. In Wirklichkeit bedeuten die verordneten Maßnahmen: Abbau der Rechte von Arbeitnehmer_innen, Lohnsenkungen, Zerschlagung und Privatisierung von öffentlichen Diensten und Unternehmen, meist zu Schleuderpreisen, Massenentlassungen, Erhöhung von Konsumsteuern und Gebühren für öffentliche Dienstleistungen, die vor allem ärmere Leute hart treffen - und gleichzeitig wird das Budget für die "innere Sicherheit", also für die Polizei zur

Unterdrückung der Bevölkerung, weiter erhöht.

Denn darauf sind die Herrschenden vorbereitet: Wer so ein wirtschaftspolitisches Programm durchsetzt, muss mit Widerstand rechnen. Dafür gibt es in der Geschichte des 20. Jahrhunderts viele Beispiele, meist hatte der Internationale Währungsfond seine Finger im Spiel, und oft wurden vom "demokratischen Westen" diktatorische Regime gestützt, gewählte Regierungen, die ein solches Programm nicht mittragen wollten wurden geputscht und durch diktatorische Regime ersetzt.

Klassenkampf von oben, durchgesetzt als angebliche Notwendigkeit, als unausweichliche Anpassung an das Spardiktat. Tatsächlich aber mit dem einzigen Ziel, Profite zu sichern und zu steigern. Dass die Milliarden, die nun gespart werden müssen, vorher als "Rettungspakete" an die Banken gegangen sind, das erwähnt von Seiten der politischen Kaste so gut wie niemand mehr. Der Anlass ist willkommen, das Kräfteverhältnis wieder zu Gunsten der eh schon reichen und mächtigen zu verschieben, und die im 20. Jahrhundert erkämpften Zugeständnisse an die lohnabhängige arbeitende Bevölkerung wieder abzubauen.

Widerstand

Aber in Griechenland wollen sich das viele nicht gefallen lassen. Seit dem 2008 / 2009 das Ausmaß der Krise langsam bewusst wurde, gab es so viele Generalstreiks wie in keinem anderen europäischen Land. Aber die Proteste waren von Anfang an nicht beschränkt auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter_innenschaft. Vor allem junge Menschen sind bereit sich gegen die Zerstörung ihrer Zukunft zu wehren. Griechenland hat eine starke Geschichte von Jugendbewegungen. Der Aufstand an der polytechnischen Universität in Athen 1973 wird bis heute von vielen als das entscheidende Ereignis zur Schwächung der Diktatur der von 1967 - 1974 regierenden Militärjunta gesehen.

In der jüngeren Geschichte ist der Dezember 2008 die Zeit, an die sich alle erinnern können. Als am 6.12. 2008 der 15-jährige Alexandros "Alexis" Grigoropoulos von Polizisten ermordet wird, sammeln sich noch am selben Abend spontan hunderttausende vor allem junge Menschen auf den Straßen. Ein wochenlanger Aufstand folgt, während dem die Polizei immer wieder die Kontrolle vor allem über die Innenstädte verliert. Banken, Ministerien, Luxusgeschäfte und die Polizei werden angegriffen. Viele Gebäude werden besetzt, als relativ sichere Zentren des Aufstands werden vielerorts Universitätsgebäude genutzt. Seit dem Ende der Militärdiktatur gab es ein inzwischen abgeschafftes Gesetz, dass es der Polizei verbat, das Universitätsgelände zu betreten. Die Regierung erwägt den Einsatz des Militärs, aber die Erinnerungen an die Niederschlagung des Aufstands von 1973 am Polytechnikum wieder wachzurufen, scheint politisch zu heikel.

Obwohl in den Innenstädten viel Sachschaden entsteht und geplündert wird, stehen große Teile Bevölkerung zumindest zeitweise hinter dem Aufstand. Sie verstehen die Wut und Frustration über die ausufernde Polizeigewalt, auf die korrupten Eliten und das Wirtschaftssystem, das der heutigen Jugend kaum Zukunftsperspektiven gibt. Trotzdem gelingt die Ausweitung des Aufstands nur sehr begrenzt. Migrantische Gruppen und Teile der Gewerkschaftsbasis solidarisieren sich zwar, es kommt aber nicht zu einer kontinuierlichen Beteiligung größerer Kreise. Noch vor Weihnachten 2008 flaut der Aufstand ab.

Doch bis heute bekommen widerständige Menschen in Griechenland leuchtende Augen, wenn der Dezember 2008 erwähnt wird. Oft wird einfach nur "Dezember" gesagt, obwohl inzwischen mehr als vier Jahre vergangen sind. Viele Leute, die heute noch aktiv sind, haben sich damals kennen gelernt, nicht wenige haben ihre politische Sozialisierung in den Straßen, in den Besetzungen und Vollversammlungen erfahren. Ein großer Teil der heute existierenden Gruppen, Projekte und besetzten Häuser entstand in jenem Dezember oder in den Monaten danach. Die

Erfahrung, einmal damit anzufangen, das eigene Leben in die eigenen Hände zu nehmen, sitzt tief. Von Volksküchen über Kostnix-Bazare bis Bibliotheken ist vieles neu entstanden, viele alte Strukturen sind mit neuen Leuten und neuen Ideen aufgesfrischt worden.

Ausweitung der Proteste

Schon bald nach dem Dezember-Aufstand verschärften die Finanzmärkte und die EU den Druck auf Griechenland. Das Land befindet sich seit dem in dem Dilemma, entweder mit schwer absehbaren Folgen aus dem Euro auszusteigen, oder sich dem Diktat zum Privatisieren und Sozialstaat abbauen zu beugen. Damit "die Märkte wieder Vertrauen schöpfen" und die Profiterwartungen wieder steigen, damit dem griechischen Staat wieder mehr Geld geliehen wird, und die Banken gerettet werden können.

Von Beginn an gibt es im Widerstand gegen diese Politik neben der gewerkschaftlich geprägten Richtung, die die geplanten Maßnahmen meist lediglich aufhalten will, auch eine Tendenz, die Krise zu nutzen, um dem gesamten System von Staat und Kapital den Rücken zu kehren. In den von Massenmedien vermittelten Bildern äußert sich diese Tendenz meist in Form von "Ausschreitungen", scheinbar rein nihilistisch motivierte Gewalt gegen Banken, Geschäfte und Polizei. In der Realität ist das nur die Spitze des Eisbergs, und meist geht dem ein brutales Vorgehen der Polizei mit Schlagstöcken, Reizgas und Blendgranaten voraus.

Anfang 2010 gab es bereits eine Tendenz, dass sich die von Gewerkschaften bei Generalstreiks mobilisierten Massen mit der meist militanter agierenden Jugend solidarisierte und bei Demonstrationen ein selbstbestimmtes Auftreten normaler wurde. Für den 5. und 6. Mai wurde ein 48-stündiger Generalstreik angesetzt. Schon am 5. Mai versammeln sich in der Athener Innenstadt und in anderen Städten Hunderttausende. In Athen

wird das Parlament umzingelt, die Euphorie ist groß. Geschäfte und vor allem Banken sind in der Nähe der Streikdemonstrationen geschlossen. In einer Filiale der Marfin Bank allerdings wird es den Mitarbeiter_innen jedoch nicht erlaubt, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Das Gebäude wird versperrt und sieht von außen geschlossen und leer aus wie das an Streiktagen in Griechenland üblich ist. Irgendwann wird das Gebäude in Brand gesteckt, ob von Protestierenden oder staatlichen Provokateuren ließ sich nie klären. Das Verlassen des Gebäudes wird von der Bankleitung verhindert. Drei der Bankangestellten kommen in den Flammen ums Leben.

Dieses Ereignis ist ein großer Schock für die gerade erstarkte Bewegung, die es geschafft hatte, den Protest gegen die "Sparmaßnahmen" der Regierung mit generellem Widerstand gegen das bestehende System der Ausbeutung und Unterdrückung zu verbinden. Entschlossenes und militantes Vorgehen begann angesichts der harten staatlichen Repression gegen die Proteste weiteren Zuspruch zu finden, bis die Toten vom 5. Mai 2010 die gesamte Bewegung in eine Schockstarre versetzten. Die System-Propaganda nutzte diesen tragischen Vorfall zu einem Rundumschlag gegen die "kapuzentragenden Kriminellen".

Eine lange Zeit der Lähmung folgte...

Die Fortsetzung folgt im nächsten Schmankerl!

Darin u.a.:

- Die Proteste der Migrant_innen
- "Bezahlt wird nicht!" - "Und wenn ihr uns den Strom abdreht, drehen wir ihn wieder auf!"
- Die "Goldene Morgenröte" - Faschisten im Aufwind
- Die Bewegung der Plätze
- "Wenn ein Aufstand droht, lasst neu wählen!"
- Der Staats schlägt um sich

Mit Baugerüsten gegen Mieter_innen

Dieses Flugblatt fanden wir am Haus Heinestraße 42, direkt am Praterstern. Die darin beschriebenen Methoden der Eigentümer, den Mieter_innen das Leben schwer zu machen und sie zum Auszug zu drängen, sind beispielhaft für die sogenannte Bestandsfreimachung, also das Herausekeln von Bewohner_innen, um danach die Gebäude entweder abzureißen oder zu renovieren und, meist als Eigentumswohnungen, zu verkaufen.

Liebe BewohnerInnen des Hauses Heinestraße 42

Seit Monaten können wir beobachten, dass Ihr Haus eingerüstet ist, seit Monaten müssen wir das mit Drahtgitter abgesperrte "Materiallager" vor Ihrem Haus zur Kenntnis nehmen.

Seit nahezu ebenso langer Zeit nerven uns die riesigen, einander abwechselnden Werbetransparente auf dem Gerüst. Gerade als ob wir Geld wie Niki Lauda hätten und unser Problem wäre, welcher Bank wir es in den Rachen schieben wollten.

Sie sind vermutlich von diesen Transparenten noch mehr genervt als wir. Denn tagsüber nehmen sie Ihnen das Licht und die Sicht, und nächstens sorgen die Scheinwerfer dafür, dass wir immer noch keine Ruhe vor dieser penetranten Werbung haben, während Ihnen die Beleuchtung den Schlaf raubt.

Der an Ihrem Haus ausgehängte Bescheid der MA 48 behauptet, dass dieses Gerüst dazu dient, Fassadenarbeiten durchzuführen. Wir haben aber bisher keinen einzigen Arbeiter auf dem Gerüst gesehen, der sich um die Fassade gekümmert hätte.

Wir wissen auch, dass Ihr Haus nicht das erste Mal eingerüstet, mit Werbung vollgepappt und nächstens beleuchtet wird. Und wir wissen, dass bei noch keiner dieser Werbemaßnahmen, die alle als "Fassadenarbeiten" getarnt worden sind, nennenswerte Arbeiten an der Fassade durchgeführt worden sind.

Kurz, wir wissen, dass diese Gerüste vor allem dem Zweck dienen, Ihnen, den BewohnerInnen des Hauses Heinestraße 42, das Leben schwer zu machen, das Wohnen in Ihren Wohnungen zu vermiesen, Sie dazu zu bringen, aus Ihren Wohnungen auszuziehen, ohne Ansprüche an den Hausbesitzer zu stellen. Wir nennen das

Hausbesitzerterror

Wir wissen, dass der Hausbesitzer Ihres Hauses solche und ähnliche Maßnahmen auch in anderen Häusern (und er besitzt nicht so wenige Häuser) anwendet. Denn dieser Hausbesitzer ist nicht so sehr daran interessiert, Mietzinse zu kassieren – die wir Profit nennen. Wir erhalten ja für den Mietzins keine Gegenleistung (das Haus ist längst gebaut, und die Betriebskosten bezahlen wir ebenfalls. Sogar die Versicherung für das Haus, das uns MieterInnen nicht gehört, zocken die Hausbesitzer von uns ab.

Dieser Hausbesitzer gibt sich mit Mietzinseinnahmen nicht zufrieden, und er ist dabei nicht der Einzige. Immer mehr Hausbesitzer möchten lieber leere Häuser, denn so pervers es klingt: Leere Häuser versprechen mehr und rascheren Profit. Leere Häuser können abgerissen und der Baugrund teuer verkauft werden. Denn dann können höhere Häuser (bzw. Häuser mit niedrigeren Decken, also mehr Stockwerken = mehr Wohnungen = mehr Profit) gebaut werden.

Und deshalb kaufen solche Hausbesitzer alte Häuser, lassen sie verfallen, und versuchen mit allen Mitteln, die MieterInnen aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Um so rasch Profit einstreifen zu können. Das nennen wir

Wohnraumspekulation

Offensichtlich sind Sie aber gar nicht daran interessiert, bei diesem für den Hausbesitzer so lukrativen, für Sie aber höchst nervigen und teuren Spiel mitzumachen. Denn Sie sind wegen der bisherigen Schikanen nicht aus Ihren Wohnungen ausgezogen.

Und offensichtlich hat sich der Hausbesitzer deshalb neue Methoden einfallen lassen, um Sie noch mehr unter Druck zu setzen.

Seit einiger Zeit gewährt er uns nun auch noch Einblick in das Innere Ihres Hauses. Er hat die Eingangstür entfernt, und wir vermuten nicht, um möglichst rasch ein besseres Tor einbauen zu lassen. Sondern um Ihre Heizkosten in die Höhe zu treiben, Sie zu verunsichern – zu jeder Tages- und Nachtzeit kann jetzt jeder und jede in Ihr Haus spazieren – und somit den Terror gegen Sie zu verstärken.

Wir sind bereits in den Eingangsbereich Ihres Hauses spaziert, weil dort ein schönes neues Fenster am Boden steht. Und auf diesem Fenster haben wir die nächste Drohung des Hausbesitzers gegen Sie gefunden: Nun sollen auch noch die Wohnungsfenster entfernt werden, und das mitten im Winter! Wir vermuten, es werden bloß die alten Fenster rausgerissen werden, und mit dem Einbau der neuen wird sich Ihr Hausbesitzer jede Menge Zeit lassen.

Lassen Sie sich diesen Terror nicht gefallen

Sie haben durchaus Möglichkeiten, diesem Treiben etwas entgegen zu setzen. Hier ein paar Ideen, die uns angesichts der Misere, die wir beobachten, eingefallen sind (und wenn wir gemeinsam überlegen, fallen uns sicherlich noch viel mehr Ideen ein).

Schicken Sie dem Hausbesitzer Besuch vorbei

Schicken Sie ihm die Baupolizei

Die Wiener Bauordnung sieht u.a. vor, dass Bauvorhaben an Wohnhäusern die Lebensqualität der BewohnerInnen nicht übermäßig beeinträchtigen dürfen. Ein im Winter entferntes Eingangstor stellt vermutlich eine derartige Beeinträchtigung dar. Informieren Sie also die Baupolizei über die Vorgänge in Ihrem Haus und beantragen Sie eine "Ersatzvornahme". Das bedeutet, die

Baupolizei beauftragt ein Unternehmen, die Missstände im Haus zu beseitigen – auf Kosten des Hausbesitzers, der sie verursacht hat.

Baupolizei: MA 37 Servicetelefon 4000 8037

Schicken Sie ihm die MA 48

Laut Straßenverkehrsordnung müssen auf Straßen abgelagerte Gegenstände vom Verursacher entfernt werden, ansonsten kann ebenfalls eine Ersatzvornahme beantragt werden. Dazu zählt das "Lager", d.h. der Zaunverschlag am Platz vor Ihrem Haus, in dem angebliches "Baumaterial" gelagert ist, ebenso wie das Baugerüst. Beide hätten laut dem auf Ihrem Haus angebrachten Bescheid bis spätestens 3.12.2012 wieder weggeräumt werden müssen. Das bedeutet, dass seither das Gerüst und das Lager illegal dort stehen.

Beantragen Sie die sofortige Entfernung des Gerüsts (und damit auch des Werbetransparents) sowie des Lagers. Sie können sich auch an das "Büro für Sofortmaßnahmen" im Wr. Rathaus wenden. Dort werden Sie hoffentlich weitere Auskünfte erhalten, die Sie benötigen, um Ihrem Hausbesitzer seine miesen Tricks zu verderben.

*Büro für Sofortmaßnahmen im Rathaus: Telefon 4000 75 222
MA 48: Telefon 588 17 0*

Sprechen Sie mit der Gebietsbetreuung

Sprechen Sie mit den MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung, die kennen Ihren Hausbesitzer ebenfalls bereits seit langem. Vielleicht haben diese für Sie wertvolle Informationen, die Ihnen in Ihrem Kampf gegen die hausbesitzerischen Schikanen helfen können. Die Gebietsbetreuung finden Sie am Volkertplatz 9.

Telefon 276 27 75

Verweigern Sie die Mietzahlung

Ihr Hausbesitzer senkt Ihre Wohnqualität, und das

Mietrechtsgesetz sieht für derartige Qualitätsminderungen die Senkung der Miete vor. Schreiben Sie also dem Hausbesitzer, dass Sie für die Zeit der Belästigungen nicht gewillt sind, die gesamte Miete zu bezahlen. Senken Sie die Miete, überweisen Sie die Differenz auf ein Sperrkonto des Bezirksgerichts (die Gerichtsbediensteten werden Ihnen erklären, wie das funktioniert) und setzen Sie so Ihrerseits den Spekulanten unter Druck.

Betonen Sie bei allen Gesprächen mit den Behörden, dass bisher weder Fassadenarbeiten durchgeführt wurden, noch das Eingangstor erneuert worden ist. Und dass die von der MA 48 gesetzte Frist für die Fassadenarbeiten (bis zum 3.12.2012) längst überschritten ist.

Protestieren Sie öffentlich gegen diese Zumutungen

Selbstverständlich haben Sie wie alle anderen in diesem Land lebenden Menschen das Recht, öffentlich zu demonstrieren. Veranstalten Sie eine Kundgebung (vor Ihrem Haus, vor dem Sitz des Hausbesitzers, der angeblich bauausführenden Firma etc.) und machen Sie die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, wie Sie vom Hausbesitzer drangsaliert werden.

Organisieren Sie sich gemeinsam mit anderen Betroffenen

Schließen Sie sich den monatlich stattfindenden Versammlungen "Die Scheiß-Miete ist zu hoch" an. Die nächste Versammlung findet am Samstag, 19. Jänner 2013 ab 16 Uhr am Volkertplatz statt, die übernächste am 16. Februar, ebenfalls 16 Uhr Volkertplatz. Sie werden dort Gelegenheit haben, Ihren Protest öffentlich vorzutragen und mit interessierten, solidarischen NachbarInnen ins Gespräch zu kommen.

***Ihre solidarischen NachbarInnen
(erreichen Sie unter keine_miete@riseup.net)***

Jeden 3. Samstag im Monat!

die scheiß miete ist zu hoch

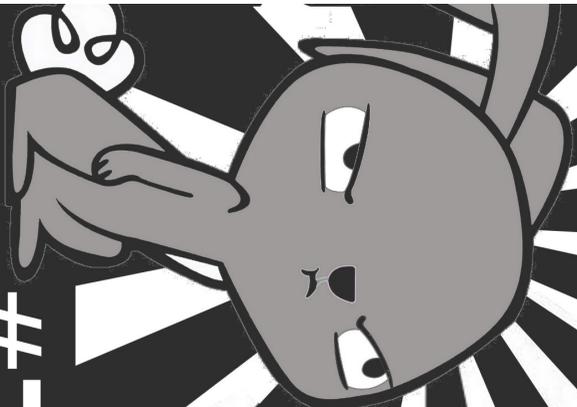
a szar lakbér túl magas

the damn rent is too high!

renty sú prilič vysoké!

kirija je preskupai

ev kiraları gok pahalı!



#7

Versammlung - meeting - ralli - митинг - toplanti
manifestazione - rajd - راجد - rally - rallye - quotecirque1

Samstag, 19. Jänner 2013, 16 Uhr

Volkertplatz

Samstag, 16. Februar 2013, 16 Uhr

1020 Wien

keine_miete@riseup.net